

## Zusammenhalt

Es wird für viele eine besondere Erfahrung in dieser Legislaturperiode werden, zumindest in ihrer Anfangszeit, dass der Beifall im deutschen Bundestag nicht mehr strikt in zwei gleich große Lager zerfällt. Klatschte früher die eine Hälfte des Parlaments, während die andere Seite die Pläne und Begründungen der jeweils anderen verlachte, wird man sich jetzt in zähem Ringen zu konkreten Lösungen zusammenfinden müssen, die über die Parteigrenzen hinweg tragen. Angesichts der Probleme des Landes, denen nach wie vor große Chancen gegenüberstehen, ist es gut, wenn eine breite Mehrheit zur Umsetzung der zentralen Reformvorhaben vorhanden ist.

Vielleicht kann es eine besondere Chance der Großen Koalition sein, den inneren Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu fördern. Denn es ist dringend notwendig, das Verantwortungsbewusstsein des einzelnen, aber auch mancher Gruppen, für das Ganze zu stärken. Diese Verantwortung macht nicht Halt bei den jetzt Lebenden, sie muss die zukünftigen Generationen einschließen, deren Rechte man nicht beschneiden, deren Ressourcen man nicht verbrauchen, auf deren Kosten man sich heute nicht ein erquickliches Leben machen darf.

Ohne stärkeren inneren Zusammenhalt wird diese Gesellschaft gerade diejenigen ökonomischen, sozialen und politischen Probleme nicht lösen können, die sich langsam angebahnt haben und die sich daher auch nur langsam korrigieren lassen. Hierzu zählt, um Franz-Xaver Kaufmann zu zitieren, was es bedeutet, "wenn 1000 Frauen nur noch 667 Töchter und 444 Enkelinnen und 296 Urenkelinnen haben." Wir rechnen die Männer, Söhne, Enkel und Urenkel mit und hoffen, dass die Große Koalition alle, aber auch wirklich alle Chancen zu einer zukunftsfähigen Politik nutzt, die auf Verantwortung und Zusammenhalt baut.

*Stefan Vesper*

11. Jg. Nr. 5 31. Oktober 2005

## Inhalt

### Mehr Wettbewerb durch Studienbeiträge

Ein Beitrag zur Qualitätssicherung der Ausbildung  
Brigitte Göbbels-Dreyling

2

### Neue Perspektiven für die internationale Hochschule?

Mögliche Auswirkungen durch Studienbeiträge  
Annette Julius

3

### Entlassen ins Nichts?

Arbeitslosigkeit darf Zugang zu Bildung nicht versperren  
Birgit Zenker

4

### St. Raphael war nur der Anfang

Hundertern von Kirchenbauten droht Verkauf oder Abriss  
Wolfgang Pehnt

5

### Mehr als "Sozial-Klimbim"

"Audit Beruf & Familie" der Herti-Stiftung  
Stefan J. Becker

7

### Prüfstein für ein Land im Umbruch

Ein Werkstattbericht aus dem Themenbereich II des 96. Katholikentags Saarbrücken 2006  
Christoph Braß

9

### Sterbehilfverein "Dignitas"

Selbstentsorgung statt würdevollem Sterben  
Vera Wassermann

11

### Nachruf

Zum Tod von Bernhard Hanssler  
Hans Maier

12

## Mehr Wettbewerb durch Studienbeiträge

### Ein Beitrag zur Qualitätssicherung der Ausbildung

***Eine sozialverträglich gestaltete Einführung von Studiengebühren ist ein notwendiger Beitrag zu mehr Ausbildungsqualität in einem wettbewerblich organisierten Hochschulsystem.***

Auf den Hochschulen ruhen gegenwärtig vielfältige Hoffnungen von Staat und Gesellschaft. Als Träger der Grundlagenforschung sollen sie den Grundstein für entscheidende Innovationen legen, um die Fundamente für den Wohlstand von morgen zu legen. Als Ausbildungseinrichtungen sollen sie gewährleisten, dass eine hinreichende Zahl von Akademikern zur Verfügung steht, deren Qualifikation den veränderten Anforderungen des Arbeitsmarktes Rechnung trägt.

#### Unzureichende Finanzierung

Die Sicherung der heutigen Ausbildungsqualität und erst recht verbesserte Betreuungsrelationen, eine höhere Übergangsquote in den Hochschulbereich und mehr internationale Studierende sind mit den derzeit stattfindenden Kürzungen der ohnehin seit langem unzureichenden Hochschulfinanzierung nicht vereinbar. Im Gegenteil, es werden verstärkte Finanzanstrengungen öffentlicher wie privater Art notwendig sein, um den gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Die politisch gewollte Steigerung der Übergangsquote in den Hochschulbereich muss ihre Entsprechung in steigenden öffentlichen Mitteln finden. Sie kann nicht länger auf Kosten der Studienbedingungen und der Qualität der Ausbildung, betrieben werden.

#### Private Beiträge

Für die Verbesserung der Qualität der Ausbildung ist ein Rückgriff auf private Finanzressourcen, vor allem in Gestalt von Studienbeiträgen, unvermeidlich. Die Hochschulen müssen befähigt werden, ergänzend zur öffentlichen Finanzierung private Beiträge zu erheben und auf diese Weise Drittmittel für die Lehre zu beschaffen, mit deren Hilfe sie die Qualität der Lehre in eigener Verantwortung steigern können. Eine Beteiligung der Studierenden an den Kosten einer Ausbildung, die ihnen ein überdurchschnittliches Lebenseinkommen und geringere Arbeitsmarktrisiken sichert, ist

auch verteilungspolitisch gerechtfertigt. Studienbeiträge müssen sozial verträglich ausgestaltet werden. Niemand darf wegen fehlender finanzieller Mittel vom Studium abgehalten werden.

Die Implementierung von Studienbeiträgen durch die Länder sollte allein dadurch geschehen, dass die Hochschulen zur Erhebung von Beiträgen bzw. zum Erlass einer entsprechenden Beitragsordnung ermächtigt werden. Außerdem sollten Länder möglichst in bundeseinheitlicher Abstimmung Obergrenzen oder Korridore für die Studienbeitragshöhen definieren, weil der Rahmen für die sozial verträgliche Ausgestaltung gesetzt werden muss.

#### Mehr Wettbewerb

Es muss aber den Hochschulen überlassen bleiben zu entscheiden, in welcher Höhe sie innerhalb des vorgegebenen Rahmens und für welche Studiengänge sie Beiträge einführen. Dies entspricht am ehesten dem Gedanken eines wettbewerblich organisierten Hochschulsystems.

Der Abbau der Überreglementierung im Hochschulbereich muss ein Ziel der Hochschulpolitik bleiben, weil sie Ursache von Qualitätsmängeln und Ineffizienz ist. Zwar sind mittlerweile die Hochschulhaushalte auf der Ausgabenseite flexibilisiert. Die Hochschulen müssen aber auch die Möglichkeit haben, über die Einnahmenseite mitzubestimmen. Die Kapazitätsverordnung muss abgeschafft werden. Hochschulen müssen im Rahmen ihrer Profilbildung selbst entscheiden können, wie viel Personal sie in einem bestimmten Studiengang einsetzen und in Abhängigkeit davon die Beitragshöhe bestimmen können. Sie sollen einen niedrigen Beitrag erheben können, wenn sie einen Studiengang fördern oder das Schwergewicht eher auf Forschung und Drittmittel für diesen Bereich legen wollen. Einheitsgebühren sind mit diesem Gedanken nicht vereinbar. Im Spiel von Angebot und Nachfrage wird sich zeigen, wie sensibel die Nachfrager auf Preisvariationen reagieren werden.

Studienbeiträge können niemals eine Vollkostenfinanzierung des Studiums leisten, sondern sie stellen einen Beitrag zu seinen Kosten dar. Im Rahmen der Hochschulverträge sollte das Land seinen Beitrag zur Finanzierung der Hochschulen langfristig und verbindlich und unabhängig von der Höhe der Studienbeiträge der einzelnen Hochschule festschreiben.

*Brigitte Göbbels-Dreyling, Leiterin des Berliner Büros der Hochschulrektorenkonferenz*

## Neue Perspektiven für die internationale Hochschule?

### Mögliche Auswirkungen durch Studienbeiträge

**Studienbeiträge bergen für die Internationalisierung Risiken und Chancen. Bundesländer und Hochschulen, die derzeit deren Einführung vorbereiten, sollten diese kennen und sich strategisch verhalten.**

Internationalität in Forschung, Lehre und Studium ist heute Kernelement einer profilierten Universitätsentwicklung und einer zukunftsorientierten Hochschul- und Wissenschaftspolitik: Sie bereichert die Hochschulkultur, steigert das Kreativitäts- und Innovationspotenzial in Wissenschaft und Lehre und verbessert deren Qualität durch Wettbewerb und Benchmarking. Sie trägt dazu bei, ausländische Studierende als Kenner und Partner Deutschlands zu gewinnen und deutsche Nachwuchswissenschaftler im Geiste von Toleranz und Weltoffenheit zu qualifizieren. Globale Bildungszusammenarbeit trägt nicht zuletzt dazu bei, Armut nachhaltig zu bekämpfen und tragfähige Strategien zum Umgang mit kulturellen, ethnischen und religiösen Konflikten zu entwickeln.

### Erfolge der letzten Jahre

Seitdem deutsche Hochschulen die Internationalisierung Ende der neunziger Jahre als strategisches Ziel aufgenommen haben, ist Deutschland mit zweistelligen Zuwachsraten weltweit das dritt-wichtigste Gastland für internationale Studierende geworden. Deutsche Studierende sind international mobiler als die meisten ihrer Kommilitonen in anderen Ländern, deutsche Hochschulen sind anerkannte und engagierte Partner bei der Entwicklung und Reform von Hochschulen im Süden und Osten.

### Mögliche Wirkungen von Studienbeiträgen

Ob die Einführung von Studienbeiträgen für die weitere Internationalisierung eher Chancen oder eher Risiken birgt, wird von deren konkreten Ausgestaltung durch Gesetzgeber und Hochschulen abhängen:

- Moderate Studienbeiträge, die zur Verbesserung von Lehre und Betreuung sowie für Stipendien an besonders begabte In- und Ausländer eingesetzt werden, dürften die Attraktivität deutscher Hochschulen langfristig steigern. Die

Beiträge ausländischer Studierender sollten dabei transparent und zielgerichtet für deren fachliche, sprachliche und soziale Betreuung eingesetzt werden.

- Da dank des neuen Zuwanderungsgesetzes ausländische Studierende hochschulnahe Tätigkeiten ohne die sonst geltenden, rigiden zeitlichen Obergrenzen wahrnehmen dürfen, könnten sie von neuen Tutoren- und Hilfskraftstellen besonders profitieren und zudem nachhaltig in die Hochschule eingebunden werden.
- Durch die Bereitstellung kostenloser Studienplätze leisten die Länder einen gewichtigen Beitrag für die Ausbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern. Die Einrichtung von "Gebührenstipendien" für ausgewählte Studierende aus Entwicklungsländern böte die Chance, dieses Engagement noch zielgerichteter und öffentlich wahrnehmbarer fortzusetzen.
- Angesichts des Nachholbedarfs, den Deutschland bei der Anwerbung internationaler Doktoranden aufweist (7% im Vergleich zu 39% in Großbritannien), könnte die generelle Befreiung von Doktoranden einen wirksamen forschungspolitischen Schwerpunkt setzen.
- Bund und Länder müssen gemeinsam sicher stellen, dass die Zahl von öffentlich finanzierten Stipendien, die Mittler- und Wissenschaftsorganisationen im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und der entwicklungspolitischen Hochschulzusammenarbeit vergeben, durch die Einführung von Studienbeiträgen nicht reduziert wird.
- Das erklärte Ziel von Politik und Hochschulen, den derzeitigen Anteil von 15% deutscher Studierender mit substantieller studienbezogener Auslandserfahrung weiter zu steigern, sollte dadurch unterstützt werden, dass Studienbeiträge für die Zeit eines Auslandsstudiums gesetzlich ausgeschlossen werden.

Studienbeiträge eröffnen neue Handlungsspielräume und zwingen so zu Positionierungen und Schwerpunktsetzungen, von denen nicht zuletzt das Projekt "Internationale Hochschule" nachhaltig profitieren könnte. Dies gilt freilich nur dann, wenn sie den Hochschulen dauerhaft als zusätzliche Einnahmen zur Verfügung stehen.

*Dr. Annette Julius, Leiterin der Gruppe "Strategie und Querschnittsaufgaben" beim Deutschen Akademischen Austauschdienst in Bonn*

## Entlassen ins Nichts?

**Arbeitslosigkeit darf Zugang zu Bildung nicht versperren**

***Der Zugang zur beruflichen Weiterbildung und Neuqualifizierung sowie persönlicher Bildung muss gerade in der Situation der Arbeitslosigkeit verbessert werden.***

Niemand darf von Bildung ausgeschlossen werden, dies gilt auch für die Menschen, die keine Erwerbsarbeit (mehr) besitzen. Und gerade sie bedürfen vor dem Hintergrund der fehlenden Erwerbsbeteiligung besonders der Bildungsbeteiligung: Um die Chancen der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu erhöhen, benötigen sie Zugang zur beruflichen Weiterbildung oder Neuqualifizierung. Um die mit Arbeitslosigkeit verbundene Lebenskrise zu bewältigen, brauchen sie Angebote der persönlichen Bildung.

Mit der Angst vor dem drohenden sozialen Absturz, der Ausgrenzung, dem Gefühl der Nutzlosigkeit haben sie in der Regel alleine fertig zu werden. Arbeitslosigkeit empfinden die Betroffenen als "Entlassen ins Nichts", ausgeschlossen von betrieblicher Weiterbildung, von Qualifizierungsmaßnahmen und von sonstigen Angeboten allgemeiner Bildungsinteressen, da die finanzielle Situation eine Teilnahme nicht zulässt.

### **Schlüssel gesellschaftlicher Beteiligung**

In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit sind davon immer mehr Menschen betroffen. Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit sinkt darüber hinaus die Motivation, Bildungs- und Weiterbildungsanstrengungen zu unternehmen. Anders ausgedrückt, gerade in der Krisensituation "Arbeitslosigkeit" ist Bildung als Schlüssel gesellschaftlicher Beteiligung nicht mehr für alle zugänglich. Dies gilt in Zeiten von Hartz IV für fördernde Qualifizierungsmaßnahmen, aber auch für Angebote, die die Entfaltung persönlicher Fähigkeiten und Kompetenzen zum Ziel haben. Das ungewollte Ausscheiden aus dem Erwerbsarbeitsleben führt daher zunehmend zum Ende von Bildungsprozessen und in Konsequenz zu Dequalifizierung und gesellschaftlicher Desintegration.

### **Personenbezogene Bildungsangebote**

Erfahrungen aus der Bildungsarbeit mit Arbeitslosen machen demgegenüber deutlich, dass perso-

nenbezogene Bildungsangebote den Betroffenen helfen, die strukturellen Gründe der Arbeitslosigkeit zu erkennen, eigene Kompetenzen sichtbar zu machen und Angst und Depression entgegen zu wirken. In einem Kreativprojekt stellten z.B. Langzeitarbeitslose mit Hilfe der Methoden "Plastisches Gestalten" und "Video" die subjektive Seite ihrer Arbeitslosigkeit dar. Entstanden sind ein Film und Drucke sowie laminierte Collagen, die die alltägliche Betroffenheit der Arbeitslosen auf den Punkt bringen. Arbeitslose verlieren Anerkennung, soziale Kontakte gehen zurück, das Selbstwertgefühl sinkt. Sie geraten immer mehr unter Druck und übernehmen irgendwann die Einschätzung anderer, irgendwie an ihrem Schicksal selber Schuld zu sein. Die Bilder zeigen schwarze Löcher, Abgründe, Ausgrenzungen, Angst vor der Zukunft, aber es werden auch Wege aus dem "Aufzug nach unten" dargestellt.

### **Ein Reformbeitrag**

Bildung alleine kann Erwerbsarbeitslosigkeit nicht verhindern oder beenden, Bildung alleine kann die gespaltene Gesellschaft nicht überwinden, dazu bedarf es eines gesamtgesellschaftlichen Reformprojektes. Ganzheitliche Bildung kann dem einzelnen aber zu gesellschaftlicher Integration verhelfen und zu den notwendigen Reformen einen zentralen Beitrag leisten.

"Nur wo Menschen Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten schöpfen, wo sie strukturelle Zusammenhänge erkennen, die ihr Leben und Arbeiten befördern oder behindern, wo sie auf der Grundlage ihrer Wertüberzeugungen sich als politisch handelnde Subjekte begreifen, (...) kann ein auf Teilhabe und Teilnahme beruhendes, sozial gerechtes und demokratisches Gemeinwesen wachsen und gesichert werden. Bildung steht im Dienste von Teilhabe und Teilnahme, von Mündigkeit und Freiheit."

(Aus: Bilden – Bewegen – Beteiligen. Bildung schafft Gerechtigkeit. Beschluss von Dortmund des 33. Verbandstages der KAB 2003, Köln 2003, Ziff. 22.)

*Birgit Zenker, Vorsitzende der KAB Deutschlands  
Mechthild Hartmann-Schäfers, Referentin im Grundsatzreferat*

## St. Raphael war nur der Anfang

**Hundertern von Kirchenbauten droht Verkauf oder Abriss**

***Abriss und Umnutzung von Kirchenbauten sind inzwischen Alltag. Ein großes Kirchensterben sind Bauten der sechziger Jahre. Was kann getan werden um das Wegbrechen ganzer Kulturschichten zu verhindern?***

Als im Frühsommer die Bagger St. Raphael, den einzigen Berliner Sakralbau des großen Kirchenbaumeisters Rudolf Schwarz, niederrissen, ging der Protest durch die deutsche Presse. Die Gemeinde Gatow hatte in Übereinstimmung mit dem Erzbischöflichen Ordinariat das Grundstück samt Kirchensaal, Kapelle und torähnlichem Glockenturm an einen Investor verkauft, der dort einen Supermarkt errichtet. Zum ersten Mal, so schien es, realisierte die allgemeine Öffentlichkeit, was seit Jahren im Gange ist. Orte und Bauten, die das Leben christlicher Gemeinden, aber auch das Gesicht deutscher Kulturlandschaften prägten, sind in Gefahr, verkauft und sogar abgerissen zu werden.

### **Realität Kirchensterben**

Die fatale Entwicklung hat Gründe. Die Zahl der Kirchenmitglieder und Gottesdienstbesucher geht in beiden großen Konfessionen kontinuierlich zurück, die Kirchensteuern ebenso. Die Haushaltslage der Diözesen ist desolat. Pfarrgemeinden werden zusammengelegt, Dienste zurückgefahren, Personal entlassen. Was die "Handreichung" der Deutschen Bischofskonferenz, die sich vor zwei Jahren mit der Umnutzung von Gotteshäusern beschäftigte, noch als "ultima ratio", als allerletzten Ausweg bezeichnete, entwickelt sich zum fast alltäglichen Fall. Ein großes Kirchensterben hat eingesetzt.

### **Beispiele**

Schon liegt die Abrissgenehmigung für St. Johannes Capristan in Berlin-Tempelhof vor, einen Bau von Reinhard Hofbauer, den bisher die polnische Gemeinde nutzte. Mit St. Agnes in Kreuzberg steht eine weitere Schöpfung der 1960er Jahre auf der Berliner Liste. Das karge Baukunstwerk aus Blöcken und Würfeln hat Werner Düttmann entworfen. In Köln geht das Gerücht, St. Gertrud

solle verkauft werden, der Bau, mit dem Gottfried Böhm die gloriose Reihe seiner asymmetrischen Betonfaltwerke begann. Seine Kirche St. Ursula in Hürth-Kalscheuren wurde bereits profaniert, desgleichen Kirchen von Emil Steffann und Hans Schilling. Steffanns eigenartiger, in eine Häuserzeile gestellter Bau St. Helena in Bonn sollte von einem kulturellen Trägerverein übernommen werden, der bisher nicht zustande kam. Bauten von Josef Lehmbruck und Erwin Schiffer machen den Denkmalpflegern ebensolche Sorgen.

### **Offene Fragen**

Es trifft auch die besten. Die Ruhrdiözese erklärt, sich im Zuge ihrer Sparmaßnahmen von fast einem Drittel ihrer Kirchen trennen zu müssen. Darunter finden sich ein Hauptwerk des deutschen Expressionismus, Heilig Kreuz in Gelsenkirchen-Ückendorf von Josef Franke; die wehrhafte Kirche St. Engelbert in Essen, die Dominikus Böhm in den dreißiger und fünfziger Jahren gebaut hat; und nicht weniger als drei bedeutende Bauten wiederum von Rudolf Schwarz, Heilige Familie in Oberhausen, St. Anna in Duisburg und Heilig Kreuz in Bottrop.

### **Vorurteile**

Viele dieser Kirchen sind auch Opfer von Epochen-Vorurteilen. Gewöhnlich gilt die Regel, eine Generation müsse verstreichen, bevor ein Bauwerk als denkmalwürdig erklärt werden könne. Diese Frist ist im Falle der Bauten aus den sechziger Jahren längst vergangen, ohne dass es ihrer Beurteilung zugute gekommen wäre. Noch immer gelten Produkte dieser Periode - oft Betonkonstruktionen - als brutal, rücksichtslos, lastend. Es wird Zeit sich klarzumachen, dass auch diese Epoche große Architektur hervorgebracht hat. In den Massensiedlungen jener Jahre behaupteten sich die Kirchen mit strenger Selbstgewissheit, boten in ihrer Verslossenheit aber auch menschenfreundlichen Schutzraum gegen ihr unwirtliches Umfeld.

Bauwerke dieser Jahre sind in jenes Lebensalter eingetreten, in dem sie - nach langer Vernachlässigung - generalsaniert werden müssen. Wo die Grundstücke der Gemeindezentren in den Vororten und Satellitenstädten reichlich bemessen waren, bedeutet die kommerzielle Vermarktbarkeit der großen Grundstücke eine besondere Verführung. Andererseits entwickelte sich bei manchen Gemeinden Skepsis gegenüber den Raumformen,

die im Umfeld des Zweiten Vatikanum entstanden waren. In überkommenen Bautypen hatte sich noch immer eine Nische für den kleinen Werktagsgottesdienst finden lassen, in den allseitig auf den Altar konzentrierten, nachkonziliaren Sakralräumen nicht. Auch Investoren, die profane Umnutzungen im Sinne haben, finden historische oder neohistorische Bauten flexibler als Kirchen der Liturgiereform.

### **Wegbrechen einer Kulturschicht**

Darüber droht eine ganze Kulturschicht wegzubrechen. Verloren geht ein selbstbewusster, manchmal mit Härte auftretender Zeitstil, der sich nach den spielerischen Gefälligkeiten der Wirtschaftswunderjahre entschlossen den Aufgaben einer Massengesellschaft zuwandte. Sakralbau stellte in den späteren fünfziger und in den sechziger Jahren eine leitende Bauaufgabe dar. Fast jeden Sonntag durften die kirchlichen Oberhirten zu einer Kirchweihe fahren. So viel wie damals gebaut wurde, lässt sich heute nicht erhalten. Umso wichtiger ist es, dass endlich die pastoralen, die gemeindlichen und die baukulturellen Argumente in einer offenen Diskussion zusammengeführt, dass überzeugende, einsichtige Kriterien für Bewahrung oder Verzicht gewonnen werden.

Das Problem gehört nicht nur in die Bau- und Kulturgeschichte. Mit jeder Kirche fällt ein Stück Identität des Ortes, geht Erinnerung ihrer Bewohner verloren, büßen Bürger Zeugen ihrer Biografien ein. Darüber zu entscheiden, darf nicht nur Sache von Landeskirchenämtern und Generalvikariaten sein. Erhalt oder Nicht-Erhalt darf nicht davon abhängen, wie gut oder schlecht eine Diözese gewirtschaftet hat. Gefordert sind neben den kirchlichen Behörden Kommunalpolitiker, Stadtplaner, Denkmalpfleger, Gemeindeglieder, kulturbewusste Bürger.

### **Nutzungsphantasie**

Dass ungenutzte Gotteshäuser nur an Käufer übergehen sollten, die eine würdige Nutzung versprechen, lag auf der Hand; kein Bordell in einem ehemaligen Kirchenraum. Aber bei verschärfter Lage muss man die Kriterien liberaler fassen. So viele Kulturhäuser, Bibliotheken, Konzertsäle und

Museen gibt es nicht, wie nötig wären, um die sakralen Inhalte anspruchsvoll zu ersetzen. Schon heute dienen ehemalige Kirchenbauten allen möglichen profanen Zwecken, als Altersheime, Ateliers oder Wohnungen. In der Trierer Abteikirche St. Maximin wird seit einem Jahrzehnt Korbball gespielt und auf dem Barren geturnt: benachbarte Schulen verwenden sie als Turnhalle. Sollen Bauten gerettet werden, muss man sich mit ihrer Profanierung abfinden.

Und mit einer Zukunft auch dort, wo sie der eigenen Tradition widerstreitet. Doch die Leitlinien der Bischofskonferenzen schließen kategorisch die Übergabe überzähliger Kirchen an nichtchristliche Glaubensgemeinschaften aus, an Buddhisten, Hinduisten oder Muslime. Man wird den Eindruck nicht los, dem gekränkten Stolz einer zweitausendjährigen Institution würden ihre eigenen Kulturdenkmäler geopfert. Lieber wird ein Bau preisgegeben als einer anderen Religionsgemeinschaft überlassen. Wären frühere Jahrhunderte ähnlich verfahren, gäbe es heute weder die Hagia Sophia in Istanbul noch die Moschee von Cordoba.

### **Erinnerung statt Totalverlust**

Da nichts mehr ist, wie es war, müssen die Gemeinden lernen, sich auf ihre neue Diaspora-Situation einzulassen: Nur kleine Raumteile noch nutzen, wenn das Ganze nicht mehr zu bewirtschaften ist. Lange Bedenkzeiten bei der Suche nach anderen Nutzungen einräumen; in zehn oder fünfzehn Jahren sieht vieles anders aus. Wenn Nutzungsphantasie und Verhandlungsgeschick auf Dauer nicht fruchten, wäre dann nicht das Ungewohnte zu denken? Und zu handeln, wie frühere Jahrhunderte gehandelt haben? Nämlich ein Bauwerk stillzulegen statt es abzuräumen. Es zu schließen und notdürftig zu sichern. Gelegentlich Wallfahrten zu den aus dem Gebrauch gefallen Sakralstätten zu organisieren. Notfalls die Natur ihr Werk verrichten zu lassen. Den Verfall planend zu begleiten. Ruinen binden Erinnerung auf lange Zeit. Erinnerung angesichts eines lädierten Bestandes ist allemal besser als der bald vergessene Totalverlust.

*Professor Dr. Wolfgang Pehnt, Architekturhistoriker.*

## Mehr als "Sozial-Klimbim"

### Audit Beruf und Familie der Hertie-Stiftung

**Immer mehr Arbeitgeber – auch im kirchlichen Raum – erkennen ihre Verpflichtung mehr zu tun für die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit. Das "Audit Beruf & Familie" der Hertie-Stiftung hilft bei Analyse und Umsetzung.**

"Die Zukunft eines Volkes hängt nicht von der Zahl der Kraftwagen, sondern von der Zahl der Kinderwagen ab". Diese griffige Aussage, vor gut 40 Jahren vom damaligen Erzbischof von Köln, Josef Kardinal Frings formuliert, hat heute mehr denn je ihre Richtigkeit. 1960 bestand – kurioserweise – noch eine zahlenmäßige Balance: 970.000 Neugeborene standen 970.000 PKW-Erstzulassungen gegenüber. Schreibt man allerdings die Zahlen bis zum Jahr 2004 fort, so hat sich die Zahl der PKW-Erstzulassungen gut vervierfacht, während die Zahl der neugeborenen Kinder um mehr als ein Viertel gesunken ist.

### Hilfestellung für Arbeitgeber

Immer mehr Frauen und Männer entscheiden sich bewusst gegen Kinder – oder finden einfach nicht "den rechten Augenblick" zwischen Ausbildung, erstem beruflichen Engagement und beginnender Karriere "schnell noch eine Familie zu gründen". "Es hat sich nicht ergeben...!", so lautet die häufig angeführte Erklärung von denjenigen, die sich zwar grundsätzlich Kinder und Familie gewünscht hätten, aber glaubten, den beruflichen Erfordernissen den Vorzug geben zu müssen.

Zu zeigen, dass sich "beruflichen Erfordernisse" durchaus vereinbaren lassen mit den Anforderungen eines verlässlichen und stabilen Familienlebens, das war die Intention der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, als sie sich bereits vor über zehn Jahren des Thema angenommen hat und Wege zur Gestaltung einer familiengerechten Arbeitswelt aufzeigen wollte. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, was die Arbeitgeber tun können, um Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie anzubieten.

### Analyse und Zielvorgaben

Um Unternehmen bei diesen Bemühungen zu unterstützen, wurde von der Hertie-Stiftung das "Audit Beruf & Familie" entwickelt. Ein Instrument, das den Unternehmen die vielfältigen Mög-

lichkeiten einer familienbewussten Personalpolitik aufzeigt und einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess im betrieblichen Alltag anregt.

Auf der Grundlage einer mit dem Unternehmen vorgenommenen Standortbestimmung werden im Rahmen eines moderierten "Anhörungsverfahrens" die verschiedenen Möglichkeiten für eine familien-gerechte Unternehmenspolitik erarbeitet. In einer schriftlichen Zielvereinbarung verpflichtet sich das Unternehmen in einem Zeitraum von drei Jahren bestimmte Ziele zu erreichen.

Das "Audit Beruf & Familie" ist damit ein Instrument, bei dem nicht nur bereits bestehende betriebliche Angebote begutachtet, sondern auch betriebsindividuelle Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt und deren Umsetzung systematisch gefördert werden. Deshalb spricht das Audit auch diejenigen Unternehmen an, die mit der Umsetzung einer familienbewussten Personalpolitik erst beginnen und hierfür Unterstützung in Anspruch nehmen möchten.

### Praxisorientiert

Die im Rahmen des Audits erarbeiteten Maßnahmen verbinden manches Erprobte aus der Praxis mit neuen Ideen, um individuelle und optimale Lösungen zu finden: Vom Aufbau flexibler Arbeitszeitmodelle, der familiengerechten Gestaltung von Arbeitsabläufen und der Einführung von Telearbeit, über die Verbesserung der Informations- und Kommunikationsabläufe sowie der Führungskompetenz, Fragen der Personalentwicklung und der Gewährung von geldwerten Leistungen, bis hin zum Angebot eines flankierenden Betreuungs- und Beratungsservices für Familien. Das "Audit Beruf & Familie" kennt über 140 Einzelmaßnahmen.

Unternehmen, die das Audit erfolgreich durchführen und sich ernsthaft um eine tragfähige Balance zwischen Unternehmenszielen und Mitarbeiterinteressen einsetzen, erhalten als Nachweis dafür ein entsprechendes Zertifikat.

Mittlerweile haben mehr als 200 Firmen das "Audit Beruf & Familie" durchgeführt. Dabei sind große Unternehmen wie die Commerzbank, DaimlerChrysler, Siemens und Adidas, aber auch zahlreiche mittelständische und kleine Betriebe. Neben Unternehmen der Privatwirtschaft nutzen in jüngster Zeit auch zunehmend kirchliche Arbeitgeber das "Audit Beruf & Familie".

In der Liste der "Referenzunternehmen" finden sich beispielsweise das Bischöfliche Hilfswerk

MISEREOR, das Bischöfliche Ordinariat der Diözese Rottenburg-Stuttgart, das Bischöfliche Generalvikariat des Bistums Osnabrück und der Deutsche Caritas Verband.

### **Beweggründe**

Was bewegt kirchliche Arbeitgeber, vom "Audit Beruf & Familie" Gebrauch zu machen und sich als familienfreundliche Arbeitgeber zu profilieren?

Vielleicht sind es der Druck der knapper werdenden Mittel und die Notwendigkeit, Planstellen zurückzuführen, die eine oftmals unausgesprochene Widersprüchlichkeit stärker als bisher deutlich machen: Die in mancher Hinsicht bestehende Diskrepanz zwischen dem Anspruch als "Anwalt der Familie" familienorientiert zu sein, aber als einer der größten Arbeitgeber Arbeitsbedingungen vorzugeben, die häufig nicht familienverträglich sind.

Oft wird das Audit deshalb zunächst dazu benutzt, bereits bestehenden Angebote stärker bekannt zu machen. Hierzu zählen – wie beispielsweise beim Bischöflichen Generalvikariat des Bistums Osnabrück – vor allem die flexiblen Arbeitszeit: Vielfältige Teilzeitmöglichkeiten, Sabbaticals, gestaffelte Arbeitszeiten für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger und bezahlte Freistellung für familiäre Ereignisse.

Dass es beim "Audit Beruf & Familie" aber nicht nur um die Verdeutlichung bestehender Maßnahmen geht, sondern die Formulierung und Umsetzung neuer, zukunftsweisender Angebote im Mittelpunkt steht, zeigt eindrucksvoll das Bischöfliche Ordinariat der Diözese Rottenburg-Stuttgart, das in diesem Jahr mit dem Zertifikat zum "Audit Beruf & Familie" ausgezeichnet wurde. Hier weiß man, dass bei allen Bemühungen um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowohl junge Menschen, die sich für einen Dienst in der Kirche interessieren, wie auch eine älter werdende Belegschaft in den Blick zu nehmen sind. Unter der im Rahmen des Audits vereinbarten zukünftigen Maßnahmen finden sich deshalb nicht nur die Verbesserung des Betreuungsbedarf von Kindern, sondern auch das Ziel, Motivation und Erfahrungswissen von älteren Beschäftigten zu erhalten, die Kompetenzen von Ruheständlern zu nutzen und den Bedarf zur Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen zu ermitteln.

Auch der Deutsche Caritasverband, der mit seinem Standort Freiburg und mit einigen Diözesan-

verbänden das "Audit Beruf & Familie" durchgeführt hat, will seine "Vorbildfunktion als ‚gelebte‘ Dienstgemeinschaft" wahrnehmen und konkrete Maßnahmen wie die Einrichtung eines Eltern-Kind-Büros, die Ausweitung der Kinderbetreuungsangebote sowie die Vermittlung von Kurzzeitpflegeplätzen anbieten.

### **Wachsende Einsicht**

Auch wenn immer mehr Verantwortliche die Notwendigkeit für Maßnahmen zur besseren Balance von Erwerbsarbeit und Familienarbeit erkennen, so ist das Spektrum möglicher Maßnahmen in der betrieblichen Praxis – auch bei kirchlichen Arbeitgebern – bei weitem nicht ausgeschöpft.

Dies mag wesentlich daran liegen, dass Nutzenaspekte einer familienbewussten Personalpolitik lange Zeit übersehen wurden und nur die Kosten im Mittelpunkt standen. Tatsächlich können viele der möglichen Maßnahmen aber auch ohne oder mit nur geringem finanziellen Aufwand umgesetzt werden. So bieten sich beispielweise im Bereich der Kinderbetreuung statt eines kostenintensiven Betriebskindergartens sinnvolle Alternativen an: von der Vermittlung von Tagesmüttern über die Unterstützung von Elterninitiativen und den Erwerb von Belegplätzen bis hin zur Organisation einer Kinderbetreuung in Notsituationen und der Einrichtung von Eltern-Kind-Zimmern. Auch die Absprache mit bestehenden Einrichtungen zur Anpassung der Öffnungszeiten bringt Eltern spürbare Entlastung.

Bislang wurde das Thema von vielen als "Sozial-Klimbim" belächelt. Heute, wo uns die demographische Entwicklung unseres Landes als "umgekehrte Pyramide", oben die vielen Alten, unten die wenigen Jungen, vor Augen steht, wächst die Einsicht, dass wir verstärkt Anreize für Familien schaffen müssen – und zwar im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Verantwortliche auf allen Ebenen – in Politik, Wirtschaft und Kirche – müssen erreichen, dass es für ein Paar die natürlichste Freude von der Welt ist, Kinder zubekommen und zu haben und dass es nicht als ein großes Opfer in finanzieller und karrieremäßiger Hinsicht betrachtet wird.

Weitere Informationen unter:  
[www.beruf-und-familie.de](http://www.beruf-und-familie.de)

*Stefan J. Becker, Geschäftsführer der Beruf & Familie gGmbH – eine Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, Frankfurt am Main*

## Prüfstein für ein Land im Umbruch

Ein Werkstattbericht aus dem Themenbereich II

*Im Themenbereich II des Saarbrücker Katholikentags wird es darum gehen, die politische und gesellschaftliche Situation in Deutschland im Lichte des Leitwortes "Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht" in den Blick zu nehmen.*

Nach der Bundestagswahl im September 2005 war häufig zu hören, dass die Union ihr selbstgestecktes Wahlziel vor allem deshalb verfehlt habe, weil es ihr nicht gelungen sei, das Gerechtigkeitsempfinden der Wählerinnen und Wähler anzusprechen. Die Unions-Strategen hätten dem wirtschaftlichen Erfolg mehr Bedeutung beigegeben als dem Prinzip der Gerechtigkeit und so dem politischen Gegner eine offene Flanke geboten. "Partei der sozialen Kälte", "neoliberal" und "ungerecht" – das waren die Kampfbegriffe, mit denen SPD, Grüne und Linkspartei die Union noch auf der Zielgeraden in Bedrängnis brachten.

Es bleibt abzuwarten, ob das Prinzip "Gerechtigkeit" mit der Bundestagswahl vom September 2005 als allgemein anerkannte Orientierungsmarke in unser politisches Koordinatensystem zurückgekehrt ist. Aber immerhin lässt sich nicht bestreiten, dass das Thema maßgeblich zum Ausgang der Wahl beigetragen hat. Das belehrt alle die eines Besseren, die es gewohnt waren, die Frage nach sozialer Gerechtigkeit entweder als Ausdruck blinde Naivität zu belächeln oder reflexhaft als "Neidkampagne" zu diffamieren. Kein Wunder, dass der Begriff "Gerechtigkeit" in der politischen Diskussion der letzten Jahre fast nur noch von den "üblichen Verdächtigen" in den Mund genommen wurde und sich ansonsten nur noch in semantischer Verdünnung als "Chancen-" oder "Beteiligungsgerechtigkeit" ins Licht der bürgerlichen Öffentlichkeit wagte.

### Prüfstein Gerechtigkeit

Diese zugegebenermaßen leicht überzeichneten Vorbemerkungen sollen genügen, um das schwierige Terrain zu skizzieren, auf das sich der 96. Deutsche Katholikentag mit seinem Leitgedanken "Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht" begibt. Es gehört zur Tradition und zum Selbstverständnis der Katholikentage, dass sie ihr Motto nicht nur

theologisch reflektieren, sondern auch politische und gesellschaftliche Entwicklungen im Lichte dieses Themas in den Blick nehmen. So wird es auch im nächsten Jahr beim Saarbrücker Katholikentag sein. Der gesellschaftspolitische Themenbereich seines Programms steht unter der Überschrift: "Gerechtigkeit – Prüfstein für ein Land im Umbruch"

Als dieses Motto formuliert wurde, hat sich vermutlich niemand träumen lassen, wie aktuell diese Fragestellung im Herbst 2005 werden würde. Die Frage nach der Gerechtigkeit als Grundlage politischen Handelns wird sich wie ein roter Faden durch das Programm des Katholikentages ziehen.

### Der Gerechte muss leiden

Da ist zunächst einmal der theoretische Zugang: Was bedeutet "Gerechtigkeit" in Politik und Gesellschaft? Gerechtigkeit als ausgleichende Klammer zwischen individueller Freiheit und sozialer Verantwortung; zwischen Solidarität und Subsidiarität. Oder frei nach Kant: Gerechtigkeit verhindert, dass die Freiheit des einen zur Unfreiheit des anderen wird. Erst durch sie wird die Freiheit gesellschaftsfähig. Gerechtigkeit als Tugend des Ausgleichs, des Abwägens, des Kompromisses. Und natürlich Augustinus, für den die Gerechtigkeit das ist, was den Staat von einer Räuberbande unterscheidet. Aber man täusche sich nicht: Die Gerechtigkeit ist keine Tugend, mit der man sich Freunde macht. "Der Gerechte muss leiden" – denn er macht es sich selbst nicht leicht und den anderen nur selten recht.

Das wird spätestens dann klar, wenn man den Gerechtigkeitsbegriff anhand konkreter Themenfelder durchdekliniert, wie dies auch beim Katholikentag geschehen wird:

- Was etwa bedeutet Gerechtigkeit in der Rentenversicherung? – Bemisst sie sich an der Lebensleistung eines alten Menschen, der 45 Jahre lang gearbeitet hat, oder an der Leistungsfähigkeit der Jüngeren, die diese Transferleistungen erwirtschaften müssen (und obendrein noch Eigenvorsorge betreiben sollen)?
- Welches Krankenversicherungssystem ist gerechter: eines, das sich am Einkommen der Betroffenen orientiert oder eines, das von allen den gleichen Beitrag verlangt? Äquivalenzgerechtigkeit steht hier gegen Leistungsgerechtigkeit.
- Oder man denke an unser Bildungssystem und das Thema "Studiengebühren": Einerseits findet

es wahrscheinlich niemand gerecht, wenn junge Menschen am Anfang ihres Berufsweges erst einmal einen Kredit aufnehmen müssen. Aber ist es gerecht, wenn die Ausbildung von Akademikern, die zumindest potenziell eine Aussicht auf ein überdurchschnittlich hohes Einkommen haben, auch aus den Steuerbeiträgen von Geringverdienern finanziert wird? Zugespitzt: Wo bleibt die Gerechtigkeit, wenn die vielzitierte Krankenschwester mit ihrer Lohnsteuer das Studium für den Sohn ihres Chefarztes bezahlt?

### **Suche nach Antworten**

Diese Beispiele verdeutlichen, dass das Gerechtigkeits-Argument in der Politik nur selten zu einem eindeutigen Ergebnis führt. Es gibt viele Gerechtigkeiten, die nicht selten im Widerspruch zueinander stehen. Für Christen, die in verantwortlicher Weise an ihrer Welt mitbauen wollen, darf dies kein Grund zur Resignation sein. Der Katholikentag wird deshalb nicht bei dieser ernüchternden Analyse stehen bleiben, sondern versuchen, im Licht unserer Glaubensüberzeugungen Antworten auf drängende Fragen zu formulieren.

Eine der wichtigsten dieser Fragen betrifft die Zukunft des Sozialstaates. Wie kaum ein anderer politischer Begriff ist der Sozialstaat mit unseren Vorstellungen von Gerechtigkeit verbunden. Längst hat sich herumgesprochen, dass er an die Grenzen seiner Finanzierbarkeit gestoßen ist. Wie und nach welchen Maßstäben können wir als Christen den notwendigen Umbau des Sozialstaates gerecht gestalten, damit er auch in Zukunft funktionsfähig bleibt?

### **Soziallehre fortschreiben**

In diesem Zusammenhang müssen wir auch unser eigenes Koordinatensystem überprüfen: 100 Jahre lang war die Katholische Soziallehre eine wichtige Quelle für unsere Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit. Heute müssen wir sehen, dass sie einen Ordnungsrahmen voraussetzt, der sich immer weniger auf eine zunehmend globalisierte Wirtschaft anwenden lässt. Wie müsste die Soziallehre fortgeschrieben werden, damit sie auch in Zukunft einen verlässlichen Kompass für eine christliche Wertorientierung im Wirtschaftsleben bietet und als "Prüfstein für ein Land im Umbruch" Gewicht behält?

Weitere Veranstaltungen des gesellschaftspolitischen Themenbereichs des Katholikentages be-

fassen sich u.a. mit dem Skandal der Massenarbeitslosigkeit, der Bioethik-Debatte, der Situation von Familien und Kindern, mit der Frage nach Bildung und Beteiligungsgerechtigkeit oder nach der Rolle von Eliten.

### **Katholikentag im Saarland**

Der 96. Deutsche Katholikentag findet in einer Region statt, in der die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit einen unmittelbaren Bezug zur Lebenswirklichkeit vieler Menschen hat: Bis heute kämpft das Saarland mit den Folgen des Strukturwandels in der Kohle- und Stahlindustrie. Im Saarland, das in vielerlei Hinsicht als das älteste unter den neuen Bundesländern gelten kann, lässt sich auch beobachten, was geschieht, wenn Menschen die subjektive Empfindung haben, dass ihnen keine Gerechtigkeit widerfährt: Auf dem Höhepunkt der Diskussion über die Hartz-Reformen kam die NPD an der Saar bei der Landtagswahl 2004 aus dem Stand auf 4 Prozent. In alten Industriestandorten mit hoher Arbeitslosigkeit lag das Ergebnis zum Teil knapp unter der 10-Prozent-Marke. Und bei der eingangs erwähnten Bundestagswahl im September 2005 erreichte die Linkspartei mit ihrem Zugpferd Oskar Lafontaine sogar 18,5 Prozent der Zweitstimmen.

### **Gebot politischer Klugheit**

Wo Menschen sich ungerecht behandelt fühlen, schwindet auch ihr Vertrauen in die demokratischen Institutionen. Wo Menschen sich ungerecht behandelt fühlen, gewinnen vermeintlich einfache Lösungen rasch an Attraktivität. Spätestens hier wird deutlich, dass Gerechtigkeit in der Politik nicht nur ein "weiches Bauchthema" ist, sondern auch ein handfestes Gebot der politischen Klugheit. Gerechtigkeit und Demokratie gehören zusammen. Die schwierige Tugend der Gerechtigkeit ist nicht nur der "Prüfstein für ein Land im Umbruch", sondern sie bildet auch eine wesentliche Grundlage für eine demokratische Gesellschaft.

Eines freilich werden wohl auch die Veranstaltungen des Saarbrücker Katholikentages nicht leisten können: eine allgemein gültige Definition für Gerechtigkeit. So bleibt nur der Ausweg in die Welt der sprichwörtlichen Lebensweisheiten: "Gerechtigkeit ist wie das Licht. Man weiß nicht, was es ist, aber man merkt, wenn es fehlt."

*Christoph Braß, Vizepräsident des ZdK, Vorsitzender des Arbeitskreises Themenbereich II: Gerechtigkeit – Prüfstein für ein Land im Umbruch*

## Sterbehilfverein "Dignitas"

### Selbstentsorgung statt würdevollem Sterben

**Am 26. September 2005 wurde die erste Zweigstelle des Schweizer Sterbehilfevereins "Dignitas" in Deutschland gegründet. Diese Gründung und die Äußerungen des Hamburger Justizsenators Kusch haben in der deutschen Öffentlichkeit erneut eine Debatte über aktive Sterbehilfe ausgelöst.**

Die Organisation "Dignitas" besteht in der Schweiz seit 1998. Sie verspricht, ihren Mitgliedern zu einem würdevollen Tod zu verhelfen. Die Hilfe besteht hauptsächlich in der Beschaffung der für einen Freitod notwendigen Dosis Schlafmittel. Nach eigenen Angaben hat "Dignitas" in der Schweiz bereits 453 Menschen bei ihrem Suizid unterstützt, im letzten Jahr waren es 79. 253 Menschen kamen aus Deutschland.

#### **Begriffliche Irreführung**

Der Verein gab todbringende Substanzen auch an depressive oder psychisch kranke Menschen aus, die körperlich gesund waren. Unter diesen Gesichtspunkten mutet der Vereinsname "Dignitas" (lat. "Würde, Ansehen") geradezu euphemistisch an. Weiter führt die begriffliche Irreführung, wenn der Verein von "Sterbebegleitung" spricht. So handelt es sich bei der Anwesenheit eines ehrenamtlichen Sterbehelfers von "Dignitas" während der Einnahme und Wirkung des letalen Medikamentes - "ein schnell und völlig schmerzlos wirkendes Barbiturat" - nicht um begleitetes Sterben, sondern um eine Begleitung zum Tod. Denn Sterben ist ein natürlicher Prozess im Leben, wohingegen die Selbsttötung kein Prozess ist, sondern die schnelle Beendigung des Lebens und ein äußerlicher Abbruch des Sterbeprozesses.

#### **Juristische Schritte**

Das Niedersächsische Justizministerium prüft vor diesem aktuellen Hintergrund eine Gesetzesinitiative im Bundesrat, die durch die Schaffung eines neuen Straftatbestandes die professionelle Vermittlung von Suizid-Beihilfe in Deutschland unter Strafe stellt. Dieses Vorgehen ist nachdrücklich zu unterstützen. Denn die organisierte Vermittlung von Suizid-Beihilfe schafft eine veränderte Kultur und Einstellung zum Leben insgesamt, die auch auf andere Bereiche einwirkt. Sie führt zu ei-

nem Mentalitäts- und Paradigmenwechsel in der Gesellschaft: Alter, Krankheit, Sterben und Leid werden noch stärker aus der ohnehin jugendfixierten Wahrnehmung verdrängt. Es besteht die Gefahr einer schleichenden Abwertung kranken und sterbenden Lebens.

Ebenfalls ist nicht völlig auszuschließen, dass so gegenüber älteren oder (schwer)kranken Menschen eine Erwartungshaltung in der Gesellschaft geschaffen und sozialer Druck ausgeübt wird, für den Fall von Krankheit und Pflegebedürftigkeit die eigene "Selbstentsorgung" vorzunehmen. Ein bestehendes Missbrauchsrisiko in Zeiten von Ressourcenknappheit und Verteilungsproblemen im Gesundheitswesen ist nicht völlig von der Hand zu weisen.

Das Sterben muss - wie die Geburt - wieder als Teil des Lebens wahrgenommen werden. Der Versuch, das Sterben nicht stattfinden zu lassen und durch die willentliche Herbeiführung des Todes aus dem Leben zu nehmen, erfasst das Leben nicht in seiner Ganzheitlichkeit.

#### **Echte Sterbebegleitung**

Neben dem ordnungspolitischen Handeln muss den Menschen ein echter Ausweg aus ihrer Angst vor Leid und Schmerzen angeboten werden. Aus christlicher Sicht stellt der herbeigeführte Freitod kein begleitetes Sterben dar. Dagegen ermöglicht Sterbebegleitung in Form von Nähe und Zuwendung, mit Hilfe einer effektiven Schmerztherapie und in Hospizeinrichtungen Beistand im Leben, Akzeptanz des natürlichen Todes und ein würdevolles Sterben. Bundespräsident Horst Köhler hat diese Notwendigkeit mit folgenden, sehr sensiblen Worten beschrieben: "Nicht durch die Hand eines anderen sollen die Menschen sterben, sondern an der Hand eines anderen." In der Konsequenz haben der Ausbau und die Stärkung von Palliativmedizin und Hospizarbeit absolute Priorität.

Der Legalisierung von aktiver Sterbehilfe sowie den Äußerungen des Hamburger Justizsenators Kusch ist entschieden entgegen zu treten. Auch das durch Krankheit oder Sterben gezeichnete Leben hat als menschliches Leben eine unverlierbare Würde und ist unverfügbar. Aktive Sterbehilfe ist damit nicht vereinbar.

*Vera Wassermann, Juristin, Leiterin des Referates Familie, Umwelt und Technik im Generalsekretariat des Zdk*

## Zeitlebens für Überraschungen gut

### Zum Tod von Bernhard Hanssler

"Die Zeit des stummen Laien ist vorbei!" Wer sprach so bei der Eröffnung des Bamberger Katholikentages 1966? Ein Demonstrant mit Spruchband? Ein Bischofskritiker? Eine Feministin? Nein, es war der bei vielen im Ruf des Ultra-konservativen stehende Geistliche Direktor des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, der "Reichsprälat" Bernhard Hanssler.

### Laienarbeit

Hanssler war zeitlebens für Überraschungen gut. Er war auf eine sympathische Weise unberechenbar. Ein Meister des Wortes, sensibel im Umgang mit der Sprache, ließ er sich oft von der eigenen Sprachgewalt hinreißen. Manchmal spielte er auch den Zuchtmeister. So wollte er, als er in den fünfziger Jahren zum Zentralkomitee kam, den zerstreuten katholischen Verbänden, Gruppen, Einzelnen vor allem eines beibringen: Disziplin, Geschlossenheit. Auf der ersten ZdK-Arbeitstagung 1958 in Saarbrücken verkündete er kategorisch: "Was nicht organisiert ist, ist gesellschaftlich nicht existent!" Das war ein Satz, an dem sich die Geister schieden – die Jüngeren, die Nicht-Organisierten, die, die in der Kirche neue Wege suchten, waren davon nicht angetan. "Organisation ist Politik" – hatte das nicht auch Herbert Wehner gesagt?

Aber Hanssler war lernfähig. Im Vorfeld des Zweiten Vatikanischen Konzils entwickelte sich bei ihm eine neue Sicht der Dinge: Kirche, verstanden nicht mehr (nur) als Hierarchie, als geschlossene "Organisation", vielmehr als Gemeinschaft aller Getauften, als *Communio* – mit vielfältigen, manchmal auch kontroversen Aktivitäten. Hanssler gründete den Kulturbeirat beim ZdK (1965). Er vertrat die katholische Kirche im Deutschen Bildungsrat (1966 ff.). Er war Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft für Katholische Erwachsenenbildung. In einem Vortrag "Der Glaubensaspekt der Kulturfrage" (1965) sagte er, es klingt heute fast prophetisch: "Glaube gibt es künftig nicht mehr diesseits, sondern nur noch jenseits der Aufklärung. In dieser konsequent rationalen Welt aber wird das religiöse Problem mit Sicherheit ebenso elementar aufbrechen wie in den alten Gesellschaften."

### Kultur

Der von einem Bauernhof in Tafern bei Überlingen stammende Bernhard Hanssler wurde 1932 in Rotenburg zum Priester geweiht. Als Studentenpfarrer in Tübingen (1935-1945) legte er sich mit den Nazis an und erhielt Rede- und Schreibverbot. In seinem Haus, der "Hügelei", las Theodor Haecker vor sorgfältig ausgewählten Gästen heimlich aus seinen "Tag- und Nachtbüchern". Werner Bergengruen, Reinhold Schneider und Carlo Schmid gehörten zum Freundeskreis. 1945-1951 war Hanssler Stadtpfarrer in Schwäbisch-Hall. Gerhard Storz, Politiker und Essayist, hat ihn in seinen Erinnerungen (*Zwischen Amt und Neigung*, 1976, 20 f.) liebevoll gezeichnet: "Nichts Schwäbisches war an ihm, vielmehr romanische Prägung, groß, gut gewachsen, ein scharf geschnittenes, sozusagen Kühnes Gesicht." Storz rühmt Hansslers theologisches Wissen, seinen charmanten Witz, seine "Behendigkeit des Aufnehmens und Verknüpfens". Sein Bild wird Hanssler mehr gerecht als die berühmte Figur des "Prälaten Sommerwild", die Heinrich Böll in seinen "Ansichten eines Clowns" entwarf. Immerhin, Prälat Hanssler beschäftigte die deutsche Literatur nach 1945 – welcher Bischof kann das von sich sagen?

Bleiben werden von Hanssler die Anstöße, die er bei der Gründung und Leitung des Cusanuswerkes gegeben hat. Es war sein eigentliches, ihn überdauerndes Werk. Bleiben werden viele, oft verstreute Schriften des Predigers, Autos, Interpreten (letzte umfangreiche Sammlung: "Was ich geschrieben habe, habe ich geschrieben." Predigten, Vorträge, Kleine Schriften, 1999). Bleiben wird die Zeit im "Camposanto" in Rom 1970-74, wo Hanssler als Rektor des Collegio Teutonico in den ehrwürdigen Räumen Bundeskanzler Willy Brandt empfing. Und bleiben wird die Erinnerung an einen lebendigen, sprühenden Mann, der herzhaft lachen, aber auch die Zuhörer bewegen und erschüttern konnte. Die vielen im ZdK, die ihn gekannt und erlebt haben, werden ihn nicht vergessen.

(Prälat Bernhard Hanssler, langjähriger Geistlicher Direktor im ZdK, ist im August im Alter von 98 Jahren verstorben)

*Prof. Dr. Hans Maier, Mitglied des ZdK und langjähriger Präsident*